

Massnahmenpaket 2024**Fragebogen für die Rückmeldung zur Vernehmlassung**

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie sich für Ihre Stellungnahme zum Massnahmenpaket 2024 an der Struktur dieses Formulars orientieren. Sie erleichtern damit die Auswertung der Vernehmlassung. Besten Dank.

Angaben zum Absender / zur Absenderin**Organisation**

SP Uri

Name / Vorname (hilfreich für allfällige Rückfragen)

Bissig Jonas

E-Mailadresse / Telefonnummer (hilfreich für allfällige Rückfragen)Jonas.bissig@sp-uri.ch / 079 684 76 45**Allgemeine Rückmeldung**

Mit dem Massnahmenpaket 2024 sind wir grundsätzlich einverstanden und tragen es im Sinne der Entlastungssymmetrie mit.

- Ja
- Ja, obwohl wir mit in einzelnen Massnahmen (siehe nachfolgende Rückmeldungen) nicht einverstanden sind.
- Nein

Erfassen Sie hier bitte Ihre allgemeine Rückmeldung zum Massnahmenpaket 2024.

Es gibt aus Sicht der SP Uri keinen Grund, ein derart einschneidendes und gleichzeitig wenig durchdachtes Kürzungspaket vorzulegen. Die Finanzlage des Kantons ist keinesfalls so düster, wie sie in den Unterlagen dargestellt wird. Der Kanton Uri ist weit entfernt von einem Bilanzfehlbetrag. Die



finanzielle Lage ist gesamthaft zu betrachten. Entsprechend ist es Zeit, dass die Schuldenbremse und damit das Gesetz zum Haushaltgleichgewicht revidiert werden. Die aktuellen Regelungen verhindern die Verwendung des Bilanzüberschusses in Notzeiten.

Die aktuelle Schuldenbremse sieht vor, dass der Verlust im Budget (das zum Schluss bekanntlich immer besser abschliesst) nicht höher als 12% der Steuereinnahmen sein darf. Hier sind mehrere Systemfehler zu finden: Erstens werden nicht die gesamten Einnahmen (z.B. Wasserzinsen nicht) berücksichtigt, sondern nur die Steuern, und zweitens führt dieser Mechanismus überhaupt nicht zu einer Bremse oder dem Abbau von Schulden, da die Selbstfinanzierung nicht berücksichtigt wird. Ein Einbezug des Bilanzüberschusses bzw. des frei verfügbaren Eigenkapitals in die Berechnung der bestehenden Schuldenbremse ist finanzpolitisch notwendig und sozialpolitisch zwingend. Andernfalls wird immer auf Kosten der Minderheiten gespart, wie dies das vorliegende Paket leider bestens zeigt. Die SP fordert deshalb eine Anpassung von Art. 2 des Haushaltgesetzes.

Aus Sicht der SP ist es schlichtweg verantwortungslos, grosse Investitionen zu planen und durchzuführen (nach Volksentscheiden!), ohne die Auftraggeberinnen und Auftraggeber (sprich: die Bevölkerung) auch an der Finanzierung zu beteiligen. In der aktuellen Situation darf nicht nur die Ausgabe Seite ein Thema sein, auch die Einnahmenseite muss endlich wieder aufs Tapet kommen. Die aktuelle Steuerstrategie ist mitverantwortlich für die knappen Einnahmen. Zu einer Revision des Systems gehört zwingend die Wiedereinführung der Progression für hohe Einkommen.

Hinzu kommt, dass zahlreiche der vorgesehenen Kürzungen Massnahmen auf dem Buckel der Schwächsten sowie strategie- und beschlusswidrige Einschränkungen im Bereich Klima- und Umweltschutz darstellen. Die SP Uri lehnt das Paket deshalb als Ganzes ab, nimmt aber gleichwohl weiter unten Stellung zu denjenigen Massnahmen, die aus unserer Sicht besonders stossend sind. Wir betonen nochmals: Wenn man auf grundsätzlicher Ebene die Finanz- und Steuerpolitik des Kantons Uri ins Lot bringen würde, wären derartige Massnahmen, die nur spalten und polarisieren, nicht nötig. Ein Teil der vorgeschlagenen Massnahmen sind auch deshalb nicht sinnvoll, weil sie einfach Lasten zu anderen Akteuren verschieben – was beispielsweise zu Steuererhöhungen in den Gemeinden führen wird.



Die Verschiebung von Investitionen lehnen wir ebenfalls grundsätzlich ab, da dies zu einem Investitionsstau führt und damit zur mittelfristigen Verlotterung unserer Infrastruktur. Wohin das führen kann, zeigen beispielsweise Deutschland oder Italien. Dies ist eine Kürzung auf Kosten künftiger Generationen – und billiger wird es damit auch nicht, im Gegenteil.

Rückmeldungen zu Massnahmen A: Transferaufwand	
Massnahme	Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen
A03	Sparen auf Kosten der Schwächsten – mit unabsehbaren Folgen bei traumatisierten Menschen und entsprechenden Mehrkosten.
A04	Kein gutes Zeichen für einen innovativen und vorausdenkenden Kanton.
A05	Widerspruch zur Strategie gemäss kantonalem Klimaschutzkonzept.
A07	Die zusätzliche Belastung der Versicherten lehnen wir ab.
A08	Unfaire und einseitige Belastung einzelner Gemeinden im Oberland. Die Situation im regionalen Personenverkehr wird zusätzlich durch die geplanten Kürzungen auf Bundesebene (erhöhte Kostendeckung im regionalen Personenverkehr) verschärft.
A10	Kein gutes Zeichen für einen innovativen und vorausdenkenden Kanton.
A12	Mangelnde Wertschätzung des historischen Erbes.
A13	Sparen auf Kosten der Schwächsten – mit unabsehbaren Folgen bei traumatisierten Menschen und entsprechenden Mehrkosten.
A14	Reine Verschiebung von Kosten.
A15	Kollektivunterkünfte sind nicht immer die beste Lösung für alle Beteiligten. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist geringer und die Belastungen sind punktuell hoch (z.B. Schule).
A17	Widerspruch zur Strategie gemäss kantonalem Klimaschutzkonzept und zur aktuell in Vernehmlassung befindlichen teilrevidierten kantonalen Landwirtschaftsverordnung.
A18	Sparen auf Kosten der Schwächsten. Es ist für uns unverständlich, wie Beiträge an Therapien für Kinder gekürzt werden können.

A19	Kürzungen auf Kosten der Schwächsten.
A21	Widerspruch zu einer Strategie der Prävention – Vorsorgen ist immer billiger als Heilen!
A23	Mangelnde Wertschätzung des historischen Erbes.
A24	Kürzungen auf Kosten der Schwächsten.
A25	Widerspruch zur Strategie gemäss kantonalem Klimaschutzkonzept.
A30	Widerspruch zur Strategie gemäss kantonalem Klimaschutzkonzept.
A31	Widerspruch zur Strategie gemäss kantonalem Klimaschutzkonzept.

Rückmeldungen zu Massnahmen B: Betriebs- und Sachaufwand	
Massnahme	Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen
B08	Kein gutes Zeichen für einen innovativen und vorausdenkenden Kanton.
B13	Mangelnde Wertschätzung des historischen Erbes. Der Kanton Uri hat im Vergleich zu anderen Kantonen nicht einmal eine eigene Kantonsarchäologie. Das ältere historische Erbe wird bereits heute sträflich vernachlässigt – während für die Pflege des Tell-Mythos offensichtlich kein Franken zu schade ist.
B18	Grundsätzlich sinnvolle Massnahme. Mitarbeitende und Behördenmitglieder sollen im Grundsatz mit dem ÖV unterwegs sein – und zwar durchgehend 2. Klasse.
B19	Die Zahlen aus der Fahrgasterhebungen sind wichtig, um auf objektiver Basis Aus- und Abbauvorlagen im öffentlichen Verkehr beurteilen zu können.
B23	Widerspruch zur gewünschten Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr.

Rückmeldungen zu Massnahmen C: Personal / Teuerungszulage	
Massnahme	Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen
C01	Diese Massnahme geht zulasten des Personals und ist in Zeiten des Fachkräftemangels aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Der Kanton wird insbesondere für qualifizierte Arbeitskräfte zu einem weniger attraktiven Arbeitgeber.

Rückmeldungen zu Massnahmen D: Globalbilanzausgleich	
Massnahme	Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen
D01	<p>Die SP Uri unterstützt die Haltung der Gemeinden (Ablehnung der Abschaffung, Hinweis auf bereits vorhandenen Solidaritätsbeitrag). Es ist auch nicht korrekt, wenn in der Beschreibung der Massnahme steht, diese Mittel seien «zweckfrei» – es handelt sich dabei um Kompensationen für Lastenverschiebungen im Bereich Bildung (Schule) und Gesundheit. Ausserdem ist es eine reine Verschiebung – praktisch alle Gemeinden werden ihre Steuerfüsse anpassen müssen. Wie wir bereits eingangs betont haben, müssen die finanzpolitischen Rahmenbedingungen grundsätzlich überarbeitet werden (Schuldenbremse, Steuersystem inkl. Progression).</p>

Rückmeldungen zu Massnahmen E: Mehrerträge	
Massnahme	Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen
E03	Die Strassenverkehrssteuer könnte auch vollumfänglich dem LIK angepasst und entsprechend erhöht werden.
E05	Die Maturaquote ist sowieso schon sehr tief im Kanton Uri. Durch diese Massnahme werden Familien mit weniger Geld noch mehr davon abzuhalten, ihre Kinder allenfalls ans «Kollegi» zu schicken.

Rückmeldungen zu Massnahmen F: Nettoinvestitionen	
Massnahme	Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen
F02	Diese Massnahmen sind nun schon sehr lange aufgeschoben werden und entsprechen damit auch nicht mehr den Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes. Das ist eine unnötige Verlängerung einer bereits an sich unnötigen Benachteiligung.
F03	Widerspruch zur Strategie gemäss kantonalem Klimaschutzkonzept. Diese Massnahme beeinträchtigt auch die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden und ist für die SP inakzeptabel.
F09	Widerspruch zur Strategie gemäss kantonalem Klimaschutzkonzept.

Besten Dank für Ihre Rückmeldung **bis am Montag, 22. April 2025** per E-Mail an Rolf Müller, Generalsekretär Finanzdirektion (E-Mail: rolf.mueller@ur.ch).

Freundliche Grüsse

Finanzdirektion

sign.

Rolf Müller, Generalsekretär